

Nepal Observer

An internet journal irregularly published by Nepal Research

Issue 37, January 17, 2017

ISSN 2626-2924

Nepal unter der zweiten Dahal-Regierung

Ein Beitrag für die Zeitschrift der Deutsch-Nepalischen Gesellschaft, nepal-i 115

von Karl-Heinz Krämer

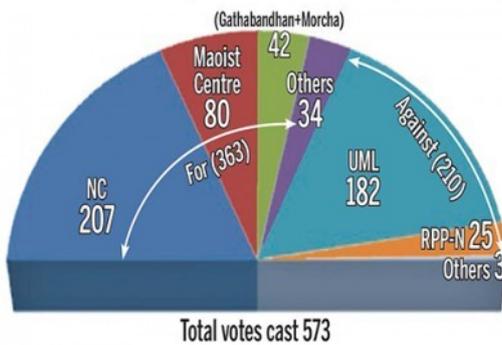
Die Frage der politischen Stabilität lässt sich am einfachsten mit der Lebensdauer nepalischer Regierungen beantworten. Seit im November 2013 eine zweite Verfassungsgebende Versammlung gewählt wurde, die inzwischen ausschließlich die Aufgabe eines Parlaments erfüllt, hat Nepal bereits die dritte Regierung, eine vierte ist ab Mai 2017 geplant. Inzwischen ist die Lebensdauer einer Regierung mit etwa neun Monaten anzusetzen. Im Oktober 2015, nach der Verabschiedung der neuen Verfassung, wurde Khadka Prasad Sharma Oli Premierminister einer Koalitionsregierung von CPN-UML und Nepali Congress (NC) sowie einigen kleineren Parteien. Im August 2016 kam es zum Bruch dieser Koalition, als der NC die Bildung einer neuen Regierung unter Premierminister Pushpa Kamal Dahal (CPN-Maoist Centre, CPN-MC) unterstützte. Gleich bei der Bildung der neuen Regierung wurde vereinbart, dass nach nur neun weiteren Monaten, also im Mai 2017, die Leitung der Regierung in die Hände von Sher Bahadur Deuba, dem Vorsitzenden des NC, wandern soll. Weitere acht Monate später müssen laut neuer Verfassung spätestens Parlamentswahlen abgehalten werden, nach denen es abermals zur Bildung einer neuen Regierung kommen dürfte.

Wenn die häufigen Regierungswechsel etwas sicherstellen, dann allenfalls, dass auf diese Weise möglichst viele der im Parlament vertretenen Politiker irgendwann auch eine Regierungsfunktion erfüllen dürfen, was wiederum eine gute Berechtigungsgrundlage für den Zugriff auf staatliche Pfründe ist.

Zweite Regierung von Pushpa Kamal Dahal

Der Vorsitzende der CPN-MC, wie sich die UCPN-Maoist seit ihrem Zusammenschluss mit neun anderen maoistischen Splittergruppen im Mai 2016 nennt, Pushpa Kamal Dahal, war bereits nach den Wahlen zur ersten Verfassungsgebenden Versammlung von 2008, aus denen seine Partei als mit Abstand stärkste Partei hervorgegangen war, für einige Monate Premierminister. Er trat im Mai 2009 zurück, nachdem er den Armeechef Katawal entlassen hatte, weil dieser sich nicht den Regierungsanweisungen zur Integration einstiger maoistischer Partisanenkämpfer beugen wollte. Damals mischte sich Präsident Ram Baran Yadav ein und setzte den General wieder ein. Ohnehin ist nicht viel Positives aus Dahals damaliger Regierungszeit in Erinnerung geblieben.

Obgleich die CPN-MC heute nicht einmal über ein Drittel der damaligen Abgeordnetenzahl im Parlament verfügt, wurde Dahal jetzt erneut zum Premierminister gewählt. Hintergrund ist das Machtkalkül von Sher Bahadur Deuba, dem Vorsitzenden des NC. Diese Partei verfügt zur Zeit über fast ein Drittel aller Parlamentsabgeordneten, ist aber natürlich für eine Regierungsbildung auf die Unterstützung anderer Parteien angewiesen. Dahal war bereit, dem NC diese Unterstützung zukommen zu lassen, wenn er für einige Zeit die Regierungsbildung übernehmen durfte. Daher rührt auch die Absprache, dass das Amt des Premierministers nach nur neun Monaten wieder wechseln soll.



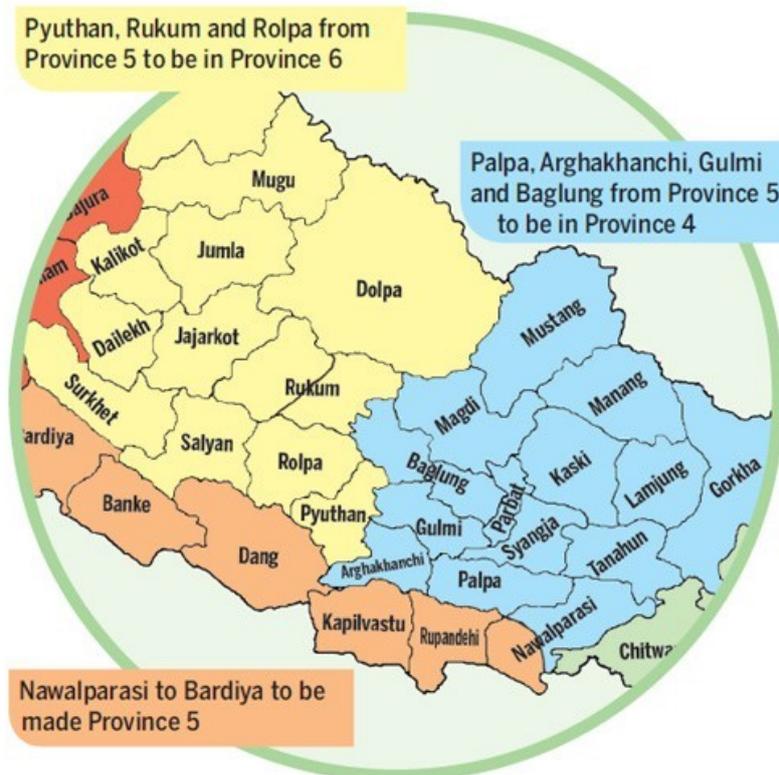
Premierminister Dahal nach seiner Wahl und Stimmenverteilung (The Kathmandu Post, 5.8.2016)

Für die Regierungsbildung bedurfte es aber der Unterstützung weiterer Parteien. Entscheidend waren dabei die Stimmen von Madheshi- und Janajati-Parteien, also genau jener Parteien, die mit vielen Passagen der neuen Verfassung nicht einverstanden sind und eine grundlegende Überarbeitung derselben fordern; die monatelange Wirtschaftsblockade entlang der indischen Grenze im Herbst und Winter 2015/16 ist da noch in guter Erinnerung. So beteiligen sich diese Parteien jetzt auch nicht direkt an der Regierung, sie haben sie nur mitgewählt. Der Umstand, dass sie das Zünglein an der Waage spielen und ggf. helfen können, die Regierung zu Fall zu bringen, gibt ihnen ein gutes Druckmittel bei der Durchsetzung ihrer Forderungen.

Verfassungsänderung

Andererseits sind die Forderungen der ethnischen und regionalen Parteien, von denen sich 27 im Sanghiya Ghatbandhan (Federal Alliance, FA) zusammengeschlossen haben, darunter auch die sieben Parteien der United Democratic Madheshi Front (Samyukta Loktantrik Madheshi Morcha, SLMM) aus dem Tarai, nicht so einfach zu erfüllen. Eine der bedeutendsten Forderungen ist die Änderung der geplanten föderalen Teilstaaten. Die drei großen Parteien hatten bei der Verabschiedung der Verfassung unter Verwerfung aller früheren Vorschläge und Vereinbarungen durchgesetzt, dass Nepal in sieben Provinzen eingeteilt wird, deren Grenzen, aber nicht deren Namen festgelegt wurden. Entgegen allen früheren Vereinbarungen wurde dabei das Tarai auf sechs dieser Provinzen verteilt; alle diese Provinzen haben Anteile sowohl am Flachland als auch am Bergland. Die Anführer der großen Parteien hielten dies für notwendig, um Separatismusbestrebungen im Tarai zu vermeiden, wie sie erklärten. Andererseits bedeutet dies aber auch, dass die traditionelle Tarai-Bevölkerung in allen diesen Teilstaaten eine relativ kleine Minderheit bleiben wird; die erhoffte Aufwertung dieser Gesellschaftsgruppen dank größerer zusammenhängender Territorien wurde ihnen verweigert. Sie befürchten daher nicht ohne Grund, dass damit auch ihre Ausgrenzung andauern wird.

Gravierende Diskriminierungen bringt auch das restriktive nepalische Staatsbürgerschaftsrecht mit sich, das unverändert streng an die patriarchalischen Denkweisen des Hindurechts angelehnt ist. Das uneingeschränkte Recht auf Staatsbürgerschaft haben weiterhin nur Männer mit nachweislich nepalischer Abstammung ihrer Väter; selbst bei Frauen mit diesem Abstammungshintergrund gibt es Einschränkungen. Infolge dieser Staatsrechtsregelungen gibt es in Nepal eine große Zahl von Menschen ohne offizielle Staatsangehörigkeit, insbesondere im Tarai, wo Heiraten über die offene Grenze hinweg an der Tagesordnung sind. Laut US Department of State ist nahezu ein Viertel (23 Prozent) aller Über-Fünfzehnjährigen (Nepal 2015 Human Rights Report) von diesem Problem betroffen. Allenfalls können diese Personen eine naturalisierte nepalische Staatsangehörigkeit erhalten, womit ihnen aber führende Ämter und Funktionen im Staat verwehrt bleiben.



Σekantipur

Von der Regierung vorgeschlagene Änderungen der Provinzgrenzen (The Kathmandu Post, 23.11.2016)

Sowohl die Änderung der geplanten föderalen Gliederung als auch die Beseitigung von Diskriminierungen im Staatsrecht stehen daher im Fokus der Forderungen der ethnischen und regionalen Parteien. Die Diskussionen dauern mit wenig Perspektive auf einen erfolgreichen Konsens an. Premierminister Dahal hat vorgeschlagen, die Provinzen 4, 5 und 6 neu zu schneiden und dabei eine zweite zusammenhängende reine Tarai-Provinz zu schaffen, die sich von Nawalparasi bis Bardiya erstrecken soll. Nicht nur die CPN-UML und zahlreiche führende Politiker der großen Regierungsparteien widersetzen sich diesem Bestreben, sondern auch zivile Gesellschaft der betroffenen Distrikte. Auch die Zustimmung der führenden Politiker des Sanghiya Ghatbandhan erfolgt sehr zögerlich. Und schließlich gibt es noch eine Hürde seitens der Verfassung: Artikel 274 schreibt vor, dass eine Gesetzesvorlage zur Veränderung der Grenzen eines föderalen Teilstaats innerhalb von 30 Tagen vom Parlament der betroffenen Provinzen bestätigt werden muss. Solche Staatsparlamente gibt es aber noch nicht. Mit anderen Worten: Eine Veränderung der Territorien der föderalen Provinzen ist demnach erst möglich, wenn deren politische Institutionen tatsächlich gewählt worden sind.

Die Hauptoppositionspartei CPN-UML versucht seit Wochen, eine Diskussion und Abstimmung zu den Vorschlägen der Dahal-Regierung zu verhindern. Als Mittel dient ihr dazu die Lahmlegung des Parlaments, das inzwischen schon zahlreiche dringend zu beschließende Gesetze und Gesetzesänderungen nicht verabschieden kann. Der diesbezüglich angerufene Oberste Gerichtshof hat eine vorläufige Aussetzung des Verfahrens abgelehnt und die UML aufgefordert, die gewählten Abgeordneten über den Antrag der Regierung entscheiden zu lassen. Dieser Gerichtsbeschluss wird von der UML jedoch zum Teil ignoriert.

Aber auch im Kreis jener Parteien, die dieser Regierung angehören oder die sie durch ihr Abstimmungsverhalten erst möglich gemacht haben, besteht Unzufriedenheit zum Regierungsvorschlag einer Änderung der Grenzen der geplanten föderalen Provinzen. Die RPP-Nepal (Rastriya Prajatantra Party-Nepal), die sich um November mit der einstigen Mutterpartei RPP wiedervereinigt hat und nun über 37 der zur Zeit 595 Abgeordnetensitze im Parlament verfügt, hat sich ohnehin gegen die Schaffung eines föderalen Staates ausgesprochen. Vielmehr tritt die Partei auch nach ihrer Wiedervereinigung für eine Rückkehr zum

hinduistischen Zentralstaat ein, wobei auch die Idee einer Wiederbelebung der Monarchie weiterhin nicht ausgeschlossen wird.

Die Madheshi- und Janajati-Parteien, die eine direkte Beteiligung an der Dahal-Regierung abgelehnt haben, schwanken zwischen Unterstützung und Ablehnung des Regierungsvorschlags. Zweifelsohne deckt sich dieser Vorschlag nur mit einem Teil der Forderungen dieser Parteien. Er ist allenfalls dazu angetan, die aufgeregten Gemüter für eine Weile zu besänftigen, beseitigt aber nicht das Kernproblem mangelnder Inklusion, die von den Schöpfern der neuen Verfassung, d.h. den hochkastigen männlichen Politikern der drei großen Parteien, mit voller Absicht beibehalten wurde, um eigene Macht, Privilegien und Vorteile zu sichern.

Seit einiger Zeit versucht Baburam Bhattarai, der im September 2015 die maoistische Partei verließ und 2016 eine neue Partei mit sozialistischer Ausrichtung unter dem Namen Nayan Shakti Nepal (NSN, New Force Nepal) gründete, sich mit den Forderungen und Belangen der Madheshi- und Janajati-Parteien zu identifizieren. Zur Zeit wird sogar eine formelle Allianz dieser Parteien angestrebt.

Lokale Neustrukturierung und Wahlen

Bereits die vorhergehende Oli-Regierung hatte ein Local Level Restructuring Committee (LLRC) beauftragt, Vorschläge zu einer drastischen Reduzierung der lokalen Einheiten von derzeit 217 Städten und 3117 Gemeinden auszuarbeiten. Zunächst lief der Vorschlag auf 565 Einheiten hinaus. Nach dem Amtsantritt der Dahal-Regierung wurden die Richtlinien für das LLRC jedoch überarbeitet und es wurde vorgeschlagen die 927 Ilaka, in denen jeweils 4-5 der derzeitigen lokalen Einheiten zusammengefasst sind, zur Grundlage zu nehmen. Zum Jahreswechsel 2016/17 hat das LLRC der Regierung offiziell eine Reduzierung der lokalen Ebene auf 719 Einheiten, 241 Städte und 462 Gemeinden (Village Development Committees, VDC) vorgeschlagen.



Das LLRC überreicht dem Premierminister seinen Neugliederungsvorschlag (The Kathmandu Post, 14.01.2017)

Hiergegen protestieren die Menschen in vielen Gegenden des Landes, da über die Jahre gewachsene Einheiten zerrissen bzw. zusammengeschlossen werden sollen. Sie haben auch direkte praktische Beweggründe. Gerade im ländlichen Raum, wo das Straßennetz noch immer sehr defizitär ist, werden mit der Neugliederung die Wege zur Verwaltung noch weiter werden. Beschäftigte in den jetzigen Behörden müssen außerdem um ihre Arbeitsplätze bangen.

Insbesondere im Tarai sieht man die vorgeschlagene Neugliederung skeptisch. Die Madheshi-Parteien sprechen von einer Verletzung der Verfassung und fordern eine Orientierung an der jeweiligen Bevölkerungszahl. Die CPN-UML mag das LLRC zwar unter der Oli-Regierung geschaffen haben, möchte die Neugliederung nun aber zurückgestellt sehen und stattdessen zunächst lokale Wahlen auf der Grundlage der bestehenden Ordnung durchgeführt haben, ein Ansinnen, das in den beiden von NC und CPN-UML geleiteten Regierungen nach 2013 nie eine Rolle gespielt hat.

Lokale Wahlen werden nämlich seit Jahren gefordert. Die letzten Wahlen auf lokaler Ebene fanden 1997 statt. Die damals gewählten Gremien wurden 2002 aus rein machtpolitischen Beweggründen vom Premierminister Sher Bahadur Deuba (NC) aufgelöst. Der maoistische Aufstand, der königliche Putsch und die sich hinziehende staatliche Erneuerung machten lokale Wahlen danach unmöglich.

Was spricht für oder gegen lokale Wahlen zum jetzigen Zeitpunkt? Ohne Abschluss der lokalen Neustrukturierung, aber auch ohne Umsetzung der föderalen Pläne erscheinen lokale Wahlen vielen weiterhin nicht realistisch. Auf der anderen Seite muss man aber davon ausgehen, dass der Prozess der Neustrukturierung nicht nur endlose Diskussionen nach sich ziehen wird, sondern auch Zeit zur Umsetzung benötigt. Ohnehin wäre es besser gewesen, gleich parallel zu den Wahlen zur ersten Verfassungsgebenden Versammlung auch lokale Wahlen abzuhalten; dann hätten 2018 bereits die zweiten Neuwahlen angestanden.

Aber es gibt auch rein praktische Gründe, welche die nun seitens der Regierung für den Mai 2017 angedachten lokalen Wahlen verhindern könnten. Einerseits erfordert die Vorbereitung solcher Wahlen diverse Gesetzesänderungen, die aber zur Zeit wegen der dauernden Parlamentsblockaden nicht beschlossen werden können. Die Wahlkommission muss landesweit die Wählerverzeichnisse aktualisieren. Auch ist unklar, wie viele Parteien sich an diesen Wahlen beteiligen möchten; zur Zeit sind 110 Parteien registriert. Bereits dies bedeutet endlos lange Wahlzettel, für deren Druck mindestens zwei Monate benötigt werden.

Bis zum Januar 2018 müssen laut Verfassung Wahlen auf allen drei politischen Ebenen – lokal, föderale Parlamente, nationales Parlament – durchgeführt werden. Eine Einhaltung dieser Vorschrift erscheint schon jetzt völlig unmöglich. Wegen der natürlichen und klimatischen Gegebenheiten kommen in Nepal nur zwei Zeitfenster für Wahlen in Frage: die Nach-Monsun-Zeit und das Frühjahr. Wahlen zu den Parlamenten der föderalen Teilstaaten sind im Augenblick ferner denn je, da man sich noch nicht einmal über den Grenzverlauf dieser Provinzen einig ist. Im Grunde hat es seit der Verabschiedung der neuen Verfassung im September 2015 nur sehr wenige Aktivitäten in Bezug auf die zukünftigen Teilstaaten gegeben.

Im Zusammenhang mit Wahlen werden allgemein weitere gesetzliche Änderungen gefordert, zum Teil unterstützt von einer großen Zahl Parlamentsabgeordneter. Eine Forderung betrifft die Einführung einer Prozentklausel. Nach den Vorstellungen der CPN-MC sollen in Zukunft 1,5 Prozent der Stimmen erforderlich sein, um über die proportionalen Listen Sitze im Parlament zu gewinnen. Die drei großen Parteien unterstützen eine derartige Forderung, während die meisten kleinen Parteien aus verständlichen Gründen dagegen sind. Die genannte Prozenzhürde hätten bei den Wahlen vom November 2013 nur acht Parteien übertroffen. Damals zogen aber insgesamt 30 Parteien ins Parlament ein. Die große Zahl kleiner Parteien behindert oft eine rationale Parlamentsarbeit und Regierungsbildung.

Eine weitere Forderung gilt der Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre. Als ein Grund wird angegeben, dass die jungen Leute ab diesem Alter auch für Regierungsjobs qualifiziert seien; es sei nicht verständlich, dass sie dann nicht auch wählen dürften. Eine dritte Forderung

betrifft das Recht zur Ansetzung von Wahlen. Die Wahlkommission fordert seit längerer Zeit dieses Recht für sich, doch widersetzen sich Regierung und Parteien, da sie dieses Recht bisher gerne zu Manipulationszwecken missbraucht haben.

Erdbebenhilfe und Wiederaufbau

Auch in Bezug auf die Politik der Erdbebenhilfe und des Wiederaufbaus unterscheidet sich die Dahal-Regierung kaum von ihrer Vorgängerregierung. Inzwischen sind 21 Monate seit den schweren Erdbeben von 2015 vergangen. Das Gros der betroffenen Menschen hat zwei Monsune und einen Winter unter Zelt- und Plastikplanen verbringen müssen, was in den Gebirgsdistrikten besonders hart ist. Der zweite Winter ist auch bereits zur Hälfte vorbei. Trotz großer internationaler Hilfszusagen kommt die vor einem Jahr gebildete Behörde NRA (National Reconstruction Authority) nicht voran. Die von internationalen Geldgebern vorgegebene erste Ration von 50.000 Rupien (nach augenblicklichem Umrechnungskurs etwa 430 Euro) ist völlig unzureichend, damit die Menschen überhaupt mit dem Wiederaufbau erdbebensicherer Häuser beginnen können; der gleiche Betrag wurde kürzlich als unzureichendes monatliches Einkommen der Parlamentsabgeordneten eingestuft, selbst ein gutes Mobiltelefon ist in Nepal deutlich teurer.



Der Wiederaufbau erfolgt nur stockend (The Kathmandu Post, 20.12.2016)

Außerdem hat noch immer nur ein Teil der betroffenen Familien diesen Betrag bisher überhaupt erhalten. Zunächst wurden nur 14 der 31 von den Erdbeben betroffenen Distrikte bei dem Programm berücksichtigt; in den übrigen 17 Distrikten hat die NRA gerade mit einer erneuten Erfassung der Schäden begonnen; eine solche hatte der Staat bereits unmittelbar

nach den Beben einmal durchgeführt und auch entsprechende Zertifikate ausgestellt. Einige der schwer betroffenen Distrikte, wie beispielsweise Solukhumbu, sind bisher völlig von den NRA-Maßnahmen ausgeschlossen worden. Im Hochgebirgsdistrikt Solukhumbu kostet der Wiederaufbau der lokal üblichen massiven Natursteinhäuser deutlich mehr als 10.000 Euro, selbst wenn man sie in kleinerer Form als zuvor und unter Verwendung von Materialien aus den zerstörten Häusern in erdbebensicherer Form wiederaufbauen möchte. Dies nur zum Vergleich.

Premierminister Dahal hat kurz nach seinem Amtsantritt erklärt, die ursprüngliche Gesamthilfe pro Familie von 200.000 Rupien (1.740 Euro) auf 300.000 Rupien (2.600 Euro) zu erhöhen. Konkrete Schritte hat er bisher aber nicht eingeleitet und daher eher für weitere Verwirrung gesorgt. Angesichts vorhandener Mittel, die aber einfach nicht zügig dort eingesetzt werden, wo sie so dringend benötigt werden, muss man die Politik der Regierung und die Vorgehensweise der NRA und der Verwaltung als „unterlassene Hilfeleistung“ bezeichnen.

Auch der Wiederaufbau der zahlreichen zerstörten oder stark beschädigten Kulturdenkmäler kommt kaum voran. Im November 2016 wurde die Restaurierung des großen Stupa von Baudha nach mehr als einjähriger Bauzeit abgeschlossen. Dies war aber nur möglich, weil die damit beschäftigten Personen eine Beteiligung des Staates von vornherein abgelehnt hatten. Immer, wenn Regierung und Verwaltung an Wiederaufbaumaßnahmen beteiligt sind, kann man voraussagen, dass diese nicht oder nur nach endlosen Verzögerungen fertig werden.

Korruptionsbekämpfung und zivile Gesellschaft

Im Mai 2013, zur Zeit der Übergangsregierung unter Leitung des Obersten Richters Khil Raj Regmi, wurde Lok Man Singh Karki mit der Leitung der Antikorruptionsbehörde CIAA (Commission for the Investigation of Abuse of Authority) beauftragt. Schon damals gab es viel Wirbel um seine Person, weil er offen den Putsch König Gyanendras vom Februar 2005 unterstützt hatte. Es bestand eigentlich Einvernehmen, dass solche Personen nie wieder eine Funktion im Staat ausüben sollten. Einige Persönlichkeiten aus der zivilen Gesellschaft kritisierten daher seine Ernennung auf das Heftigste.

In der Folgezeit machte sich die CIAA unter Leitung von Karki oft mit ziemlichem Wirbel an die Arbeit und erweckte den Eindruck, endlich einmal etwas gegen die ausufernde Korruption zu unternehmen. Markant war jedoch, dass die oberste politische Ebene, der zügellose Korruption nachgesagt wird, von diesen Kampagnen ausgeschlossen blieb.

2016 versuchte Karki dann, seine Position zu persönlichen Rachefeldzügen gegen Kritiker aus der zivilen Gesellschaft zu nutzen, die sich jedoch nicht einschüchtern ließen. Eine dieser Personen war Kanak Mani Dixit, einer der bekanntesten Journalisten des Landes, der aber auch Vorsitzender von Sajha Yatayat, einem öffentlichen Busunternehmen ist, das sich für umweltfreundlichen Personentransport einsetzt. Wegen der von Karki eingeleiteten Kampagne musste Dixit sogar einige Tage im Gefängnis verbringen; die Beschuldigungen gegen ihn konnten aber nicht erhärtet werden.

Eine andere Person, die den Zorn Karkis erregte, war Dr. Govinda KC, ein Orthopädie-Professor am Teaching Hospital der Tribhuvan University. Durch wiederholte Hungerstreiks - der vom November 2016 war bereits sein zehnter -, versuchte KC, auf die Missstände im medizinischen Ausbildungsbereich und die damit verbundene extreme Politisierung desselben und die damit in Zusammenhang stehende Korruption aufmerksam zu machen. Wiederholt gelang es KC, die Regierung mit seinen Hungerstreiks zu Zugeständnissen zu drängen, die sie hinterher aber nicht wirklich einhielt. Wie Dixit kritisierte auch KC die Nominierung Karkis zum CIAA-Chef und die Arbeit dieser Behörde unter seiner Leitung.

Ende September 2016 griff Karki auch noch Social Science Baha (SSB) wegen angeblicher Veruntreuung von Geldern und persönlicher Bereicherung seiner führenden Mitglieder an und versuchte, sie vor Gericht zu zerren. SSB ist eine anerkannte Institution, die sich in Kooperation mit renommierten internationalen Universitätsabteilungen um eine Verbreitung der Forschung in und zu Nepal bemüht. Zu den führenden Persönlichkeiten des SSB gehört neben diversen Wissenschaftlern eben auch Kanak Mani Dixit.



Lokman Singh Karki (Nepali Times, 6.1.2017)

Es wurde bekannt, dass Karki neben der offiziellen CIAA noch eine Art Parallelorganisation aufgebaut hatte, die mit allen möglichen technischen Ausstattungen versehen war und an der auch führende Polizeibeamte beteiligt waren. Darüber wurde Klage beim Obersten Gerichtshof gegen Karki erstattet, der jedoch Vorladungen dieses Gerichts missachtete. In dieser Situation leiteten die oppositionelle CPN-UML und die Regierungspartei CPN-MC ein Amtsenthebungsverfahren gegen Karki ein. Der ebenfalls an der Regierung beteiligte NC verweigerte eine klare Stellungnahme zu dieser Kampagne. Das Verfahren war auch Mitte Januar 2017 noch immer im ständig blockierten Parlament anhängig. Zu diesem Zeitpunkt hatte der Oberste Gerichtshof bereits entschieden, dass Karki überhaupt nicht für das Amt des Vorsitzenden der CIAA qualifiziert war und niemals hätte ernannt werden dürfen. Gegen andere CIAA-Funktionäre werden übrigens ähnliche Vorwürfe erhoben.

Das Ansehen der CIAA und die Korruptionsbekämpfung an sich haben durch diese Machenschaften enormen Schaden erlitten. Die für eine Verfassungsänderung kämpfenden ethnischen und regionalen Parteien bezeichnen das Amtsenthebungsverfahren ohnehin als seitens der großen Parteien fingiert und behaupten, diese wollten damit lediglich von der Diskussion der von ihnen geschaffenen Verfassung ablenken.

Abschluss des Friedensprozesses

Am 21. November 2016 jährte sich zum zehnten Mal das formale Friedensabkommen zwischen dem Staat und den damals aufständischen Maoisten. Dies soll Anlass zu einer kurze Bewertung des Aufstands und des nachfolgenden Friedens- und Erneuerungsprozesses sein. Die Maoisten sind 1996 mit einer Reihe von Forderungen in ihren sogenannten Volkskrieg gezogen. Drei dieser Forderungen rüttelten an den Grundlagen des Staates: Abschaffung der Monarchie und des Hindu-Staates sowie Schaffung einer neuen Verfassung durch eine vom Volk gewählte verfassunggebende Versammlung. Alle diese Ziele sind inzwischen realisiert. Ohne den Aufstand hätte es hierzu vermutlich wesentlich längerer Zeit benötigt.

Es bleibt jedoch die Frage, ob dies all die Gewalt und das Leiden der Menschen wert war. Wer hat von dem blutigen Aufstand, der nach der Mobilisierung der Armee im Jahre 2001 durch die damalige Deuba-Regierung und König Gyanendra völlig eskaliert war, am meisten profitiert? Waren es die einstigen Partisanenkämpfer, das Volk allgemein oder eher erneut bestimmte Eliten?

Ende 2016 häuften sich öffentliche Proteste ehemaliger maoistischer Kämpfer, die sich von dem ganzen Prozess ausgegrenzt fühlen. Die meisten Versprechen der maoistischen Führer ihnen gegenüber wurden nicht erfüllt. Nur eine Handvoll der einstigen Kämpfer wurde rehabilitiert oder gar in die nationalen Sicherheitskräfte integriert, da die maoistische Partei auf ihrem Weg zur Mainstream-Partei immer wieder dem Druck der anderen Parteien nachgegeben hat. Vor allem die damaligen Kindersoldaten, die von den Maoisten in großer Zahl rekrutiert worden waren, fühlen sich völlig allein gelassen. Die Proteste der betroffenen Gruppen verhallen ungehört und werden von der maoistisch geführten Regierung mit Härte unterdrückt.

Die Anführer der maoistischen Partei unterscheiden sich in ihrem Verhalten heute in nichts mehr von den Spitzenpolitikern der anderen großen Parteien. Im November 2016 wurde eine Erhöhung der Gehälter und Zuwendungen der Parlamentsabgeordneten in Höhe von 58 Prozent durchgewunken. Von der kritischen Öffentlichkeit wurde dabei leicht übersehen, dass die Parteien von ihren Abgeordneten bis zu 50 Prozent ihrer Zuwendungen einfordern. Selbst führende Politiker, die jahrelang im Untergrund gelebt haben erlauben sich palastartige Wohngebäude, ohne dass weiter hinterfragt wird, wie so etwas überhaupt möglich ist. Wer auch nur irgendwann einmal ein Amt bekleidet hat oder zum Kreis der sogenannten Spitzenpolitiker gehört, hat einen ungeschriebenen Anspruch auf teils horrenden staatliche Zuwendungen, wenn er/sie einmal erkrankt und ärztliche Hilfe im Ausland sucht, anstatt innerstaatliche Einrichtungen zu nutzen. Die kurzfristigen Regierungen und damit verbundenen ständigen Umbesetzungen der Posten sorgen dafür, dass es kaum noch jemanden aus dem Kreis der Parlamentarier gibt, der nicht zum Kreis dieser potentiellen Zahlungsforderer gehört.

Ein weiterer Kritikpunkt ist das Constituency Development Programme (CDP), bei dem jeder Parlamentsabgeordnete große Geldbeträge (2016 waren dies 2 Millionen Rupien) für Investitionsprojekte im jeweiligen Wahlbezirk erhält. Hier wird an gezielter lokaler Entwicklungsplanung vorbei gearbeitet und Korruption und Nepotismus Tür und Tor geöffnet. Man könnte noch zahlreiche andere Problembereiche nennen.

Noch gravierender ist der Umgang mit den Opfern des Aufstands sowie des königlichen Putsches. 2015 wurden zur Aufarbeitung zwei Kommissionen ins Leben gerufen, die TRC (Truth and Reconciliation Commission) und die CIEDP (Commission of Investigation on Enforced Disappeared Persons). Beide Kommissionen und insbesondere das ihnen zugrundeliegende TRC-Gesetz, werden sowohl von den Opfern und ihren Angehörigen als auch von nationalen und internationalen Rechts- und Menschenrechtsorganisationen heftig kritisiert, da einer staatlichen Aussöhnung Vorrang vor Gerechtigkeit für die Opfer und ihre Familien eingeräumt werden soll. Nicht selten werden als einstige Täter beschuldigte Personen in hohe Ämter befördert. Beide Kommissionen haben 2016 die Sammlung von Klagen abgeschlossen, nachdem die Abgabefrist mehrfach verlängert werden musste. In Kürze läuft bereits die Frist zur Auswertung der Erhebungen ab. Dafür aber bedarf es seit Monaten einer Überarbeitung des TRC-Gesetzes, aber die Regierung wird einfach nicht tätig. Es fehlt den Kommissionen an notwendigen Mitteln, Personal und Zeit.



Protestierende Angehörige von Opfern des Aufstands (The Kathmandu Post, 5.1.2017)

Vergleicht man das, was die maoistischen Führer dereinst den Menschen versprochen haben und was alle großen Parteien in das Friedensabkommen von 2006 und die Übergangsverfassung von 2007 hineingeschrieben haben, mit dem, was jetzt mit der umstrittenen Verfassung vom September 2015 umgesetzt wurde, dann kehrt rasch Ernüchterung ein. Dabei ist vieles in der neuen Verfassung, wie beispielsweise die Gestaltung des föderalen Staates, nicht mehr als ein vorgegebener Rahmen.

Fazit ist daher, dass weder der Friedensprozess, der 2006 eingeleitet wurde, tatsächlich zu einem Abschluss gebracht wurde, noch dass der Erneuerungsprozess an einem Ziel angekommen ist, das eine grundlegende positive Veränderung für die Menschen in Nepal bedeutet. Klar ist, dass die Elite um einstige revolutionäre Führer erweitert wurde, die sich heute aber kaum noch von jenen unterscheiden, die sie einst auf dem Rücken der Bevölkerung bekämpft haben. Die Monarchie ist tot, glaubt aber selbst noch immer nicht daran, wie Aussagen des Exkönigs in den letzten Wochen belegt haben. Aber die parteipolitischen Eliten verhalten sich heute allesamt ähnlich wie einst die Monarchie und ihre Vasallen. Nepal bezeichnet sich als föderale und säkulare Republik, dabei ist der Föderalismusgedanke nicht einmal auf dem Papier richtig ausformuliert. Offiziell ist der Staat nicht mehr mit der hinduistischen Religion verknüpft, aber viele Regeln der Verfassung und nachgeordneter Gesetze basieren weiterhin auf patriarchalisch-hinduistischen Denkweisen. Eine Republik, schließlich, ist ein Staat, der vom Volk getragen wird, aber in Nepal herrscht weiterhin eine Oligarchie einer bestimmten männlichen Oberschicht, deren Wertvorstellungen die nationale Identität bestimmen. Von einer gleichberechtigten Inklusion aller Gesellschaftsgruppen ist Nepal noch immer weit entfernt. Die männliche Garde der Parteiführer hat es einmal mehr geschafft, mittels der von ihnen diktierten neuen Verfassung ihren prädestinierten Zugriff auf Privilegien und Pfründe zu sichern. Es deutet vieles darauf hin, dass Nepal ein weiteres Mal Jahre warten muss, bis sich eine neue Chance bietet, diesen Fehler zu beheben.

Vor diesem Hintergrund bleibt festzustellen, dass sich angesichts der nur geringfügigen Verbesserungen der zehnjährige blutige Aufstand der Maoisten, die ebenso brutalen Gegenmaßnahmen des Staates und der Monarchie und der langwierige und kostspielige Erneuerungsprozess nicht rechnen.